

Grande, Edgar; Hunger, Sophia; Hutter, Swen; Kanol, Eylem; Saldivia Gonzatti, Daniel

Article

Der harte Kern der Proteste: Viele der mit den Corona-Maßnahmen Unzufriedenen tolerieren Radikalität und Gewalt

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Grande, Edgar; Hunger, Sophia; Hutter, Swen; Kanol, Eylem; Saldivia Gonzatti, Daniel (2022) : Der harte Kern der Proteste: Viele der mit den Corona-Maßnahmen Unzufriedenen tolerieren Radikalität und Gewalt, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 176 (2/22), pp. 21-23,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2022/f-24807.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327751>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Der harte Kern der Proteste

Viele der mit den Corona-Maßnahmen Unzufriedenen tolerieren Radikalität und Gewalt

Bisweilen martialische Bilder waren von Protesten gegen staatliche Corona-Maßnahmen zu sehen – es kam zu Gewaltausbrüchen, rechte Symbole und Parolen waren offen sichtbar. Diese Radikalisierung scheint Menschen, die den Maßnahmen skeptisch gegenüberstehen, kaum abzuschrecken. Vielmehr ist von stabilen Lagern in der Gesellschaft auszugehen; Pandemiopolitik ist ein Feld mehr, auf dem sich nachhaltige Polarisierung zeigt.

Edgar Grande, Sophia Hunger, Swen Hutter, Eylem Kanol und Daniel Saldivia Gonzatti

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 gab es öffentlichkeitswirksame Proteste gegen die staatlichen Pandemie-Maßnahmen. Schlagzeilen machten die Gegner*innen der Corona-Politik durch den „Sturm“ auf das Reichstagsgebäude, durch zahlreiche unangemeldete „Corona-Spaziergänge“ und durch oft gewaltförmige Zusammenstöße mit der Polizei. Während ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Maßnahmen zur Bekämpfung beachtete und den Protesten kein oder wenig Verständnis entgegenbrachte, bildete sich im Rahmen dieser Proteste ein stabiles Lager von Unterstützer*innen heraus.

Von den Medien wurde die Anti-Corona-Protestbewegung vielfach kritisch begleitet: Beobachtet wurde eine zunehmende Radikalisierung, die starke Präsenz rechtsextremer Gruppierungen, eine große Bedeutung von Verschwörungstheorien und eine hohe Gewaltbereitschaft. Der Protestbewegung wurde vorgeworfen, dass viele der Protestierenden sich zwar als „normale Bür-

ger*innen“ sehen, sich aber nicht deutlich genug von rechtsextremen Akteur*innen und dem Einsatz von Gewalt auf Demonstrationen distanzieren. Hier schließt unsere Studie an und fragt: Wie stark polarisieren die Corona-Proteste? Ist zu erwarten, dass die zunehmend radikalisierten Proteste das Verständnis für den Protest und die Teilnahmebereitschaft in der deutschen Bevölkerung senken, also zu einer Demobilisierung führen? Oder hat sich in der Protestbewegung ein harter Kern herausgebildet, der sich davon nicht abschrecken lässt? Unsere Untersuchung basiert auf insgesamt 17 Wellen einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, die von Juni 2020 bis 2022 durchgeführt wurde. Die jüngste Umfrage im Februar 2022 erfolgte in der letzten Hochphase der Mobilisierung durch die Querdenken-Bewegung, die stark von der Debatte um die Impfpflicht geprägt wurde. Die Studie, für die insgesamt rund 13.000 Menschen in Deutschland befragt wurden, wird im Rahmen des WZB-Protest-Monitorings durchgeführt. Es ist Teil des Spitzenforschungsklusters „MOTRA Monitoring-

system und Transferplattform Radikalisierung“, das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gefördert wird.

Die Befragten sollten angeben, wie viel Verständnis sie für Menschen haben, die gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen protestieren, und ob sie selbst daran teilnehmen würden, wenn es Demonstrationen in ihrer Nähe gäbe. Diese Art der Befragung gibt – im Gegensatz zu Befragungen von Teilnehmer*innen auf Demonstrationen – Aufschluss darüber, wie groß das Mobilisierungspotenzial beziehungsweise die Resonanz der Bewegung in der Bevölkerung ist. Sprich: Wie viele Menschen in Deutschland fühlen sich der Bewegung nahe und wie groß könnten die Corona-Proteste werden? Außerdem geben diese Fragen Aufschluss darüber, wie stark die Corona-Politik der letzten Jahre die deutsche Bevölkerung polarisiert.

Im Februar 2022, als eine allgemeine Impfpflicht im Bundestag und darüber hinaus kontrovers diskutiert wurde und die Corona-Inzidenz nahezu täglich neue Rekorde brachte, gab fast ein Viertel der Befragten an, Verständnis für die Teilnahme an diesem Protest zu haben. Darüber hinaus konnten sich 13 Prozent vorstellen, selbst an einem Corona-Protest teilzunehmen. Insgesamt jede*r Zehnte hatte bis zu diesem Zeitpunkt selbst an einer Demonstration gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen teilgenommen. Dennoch: Insgesamt drei Viertel der Befragten gaben an, gar kein oder nur etwas Verständnis für die Proteste zu haben. Auffällig ist: Die Werte von Februar 2022 sind sehr ähnlich wie jene in den vorausgegangenen Befragungswellen seit Juni 2020. Dies zeigt, dass unabhängig von den geltenden Restriktionen zur Bekämpfung der Pandemie, den Inzidenzwerten, der Regierungszusammensetzung oder öffentlichen Kontroversen das Lager der Protest-Versteher*innen und potenziellen Teilnehmer*innen relativ stabil ist. Auch während der hitzigen Impfpflichtdebatte hat sich ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung nicht wesentlich geändert. Seit Beginn der Pandemie haben sich somit zwei zwar ungleich große, in ihrer Größe aber relativ stabile Lager gebildet, die sich in Bezug auf den politischen Umgang mit der Pandemie diametral gegenüberstehen.

Die Proteste schienen für Sicherheitsbehörden, Medien und Politik gleichermaßen schwer greifbar. Die Demonstrationen schienen diffus und konnten nicht nach etablierten ideologischen Kri-

terien eingeordnet werden. Die Teilnehmer*innen waren sehr heterogen, sie bildeten eine Allianz aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Gandhi-Banner wehten neben Reichskriegsflaggen, Trommeltänze wurden neben Verschwörungstheorien dargeboten. Doch nicht nur der sogenannte Sturm auf den Reichstag änderte den gesamtgesellschaftlichen Blick auf die Proteste: Zunehmend gewannen radikale Akteure an Sichtbarkeit, ziviler Ungehorsam nahm zu. Es häuften sich Angriffe auf Polizist*innen und Vertreter*innen der Medien, Politiker*innen sahen sich ernsthaften Bedrohungen von Leib und Leben ausgesetzt – vor dem Haus von Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping zum Beispiel fand ein Fackelmarsch statt, eine geplante Entführung des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach konnte vereitelt werden.

Welchen Einfluss hat diese Radikalisierung des Protestgeschehens auf das Mobilisierungspotenzial der Corona-Proteste? Schrecken eskalierende Gewalt und die Teilnahme von Rechtsextremen die Protestversteher*innen und potenziellen Teilnehmer*innen ab? Oder sind die Fronten so verhärtet, dass diese Faktoren keine Rolle mehr spielen? Diese Fragen geben Aufschluss über eine mögliche Radikalisierung von Menschen, die sich der Protestbewegung nahe fühlen. Außerdem reflektieren sie den kontroversen medialen und gesamtgesellschaftlichen Diskurs um die Rolle von Gewalt auf Corona-Demonstrationen. Zentral war dabei oft die Frage, warum Demonstrierende sich nicht deutlich von radikalen Rechten abgrenzten, sondern gemeinsam mit diesen Akteuren an Protestereignissen teilnahmen.

Die Umfrageergebnisse zeigen: Menschen, die es in Ordnung finden, wenn in bestimmten Situationen Gewalt angewandt wird, sind unter den Protestversteher*innen häufiger vertreten als in der Gesamtbevölkerung. So stimmen 11 Prozent der Menschen, die Verständnis für die Anti-Corona-Proteste zeigen, der Aussage zu, dass sie in bestimmten Situationen durchaus bereit wären, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Rest der Bevölkerung teilt hingegen nur zu 3 Prozent diese Einstellung.

Wir nähern uns der Frage nach der Offenheit nach Rechtsaußen und der Toleranz gegenüber Gewalt auf Corona-Demonstrationen durch ein Umfrageexperiment weiter an. Dafür wurden unsere Befragten nach dem Zufallsprinzip in Gruppen aufgeteilt, die anschließend Ankündigungen für eine fiktive Corona-Demonstration vorgelegt bekamen. Diese fiktiven Demonstrationen unter-

schieden sich nur in zwei zentralen Punkten: der Präsenz von Rechtsextremen und dem erwarteten Ausmaß von Gewalt. In einem Szenario waren beide radikale Aspekte wie folgt vorhanden: „Am Wochenende sollen erneut Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen stattfinden. Die Veranstalter kündigen einen Zug durch die Fußgängerzone an. Wie schon in den letzten Wochen werden Teilnehmer aus einem breiten bürgerlichen Spektrum erwartet. Zusätzlich planen Vertreter der rechtsradikalen Szene teilzunehmen. Die Polizei fordert zusätzliche Einsatzkräfte an, da mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und den Sicherheitskräften gerechnet werden muss.“ Anschließend wurden die Befragten gebeten, ihr Verständnis für den beschriebenen Protest sowie ihre Teilnahmebereitschaft anzugeben. Aufgrund der zufälligen Zuweisung können wir den möglicherweise abschreckenden Effekt der Teilnahme von Rechtsradikalen und des Auftretens von Gewalt auf das Verständnis für die Proteste und die Teilnahmebereitschaft der Befragten analysieren.

Unsere Ergebnisse zeigen: Wenn Rechtsradikale an Anti-Corona Demonstrationen teilnehmen, äußern die Befragten weniger Verständnis für Anti-Corona-Proteste (6 Prozentpunkte weniger). Allerdings ändert die Präsenz von Rechtsradikalen nichts an der Teilnahmebereitschaft. Diese Dynamik unterstreicht die Radikalisierung möglicher Teilnehmer*innen. Unsere Ergebnisse bezüglich der Gewalttoleranz der Protestunterstützer*innen

sind noch deutlicher: Ob Corona-Proteste in Gewalt ausarten oder nicht, hat keinen Einfluss darauf, ob Menschen Verständnis für diese Proteste äußern oder an diesen teilnehmen würden. Dieser Befund zeigt, dass im Lager der Protestunterstützer*innen eine gewisse Gewalttoleranz erkennbar ist. Dies deutet auf ein Radikalisierungspotenzial im Hinblick auf gewaltförmige Protestaktionen hin. Kurzum: Unsere Ergebnisse zeigen, dass Menschen, die sowieso demonstrieren möchten, bereit sind, das zu tun – unabhängig davon, ob Rechtsradikale mit ihnen mitlaufen oder ob die Gefahr besteht, dass es dabei zu gewalttätiger Eskalation kommt.

Insgesamt zeigen unsere Umfragedaten für den Zeitraum von Juni 2020 bis Februar 2022, dass sich eine stabile Zahl an Unterstützer*innen der Corona-Proteste gebildet hat. Das maßnahmenkritische Lager ist zwar deutlich kleiner als die Gruppe der Menschen, die diese Proteste weder verstehen noch daran teilnehmen würden, aber es ist relativ stabil – und dies unabhängig von der Entwicklung der Pandemie, den aktuellen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung oder gesellschaftspolitischen Kontroversen wie jener um die Impfpflicht. Unsere Studie belegt also zunehmend verhärtete Fronten. Sie stützt den öffentlichen Vorwurf, dass die Corona-Proteste von einer Offenheit nach rechts und einer Toleranz gegenüber gewaltförmiger Eskalation auf der Straße geprägt seien. ●

Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen umfassen vor allem die Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. edgar.grande@wzb.eu

Eylem Kanol ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am WZB. In seiner Dissertation hat er die Determinanten islamistischer Einstellungen und Radikalisierungen empirisch untersucht. eylem.kanol@wzb.eu

Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er widmet sich der Protest- und Radikalisierungsforschung im Rahmen des Projekts MO-TRA vor allem aus textanalytischer Perspektive. daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

Sophia Hunger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland. sophia.hunger@wzb.eu

Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin. swen.hutter@wzb.eu

Literatur

Grande, Edgar/Hunger, Sophia/Hutter, Swen/Kanol, Eylem/Saldivia Gonzatti, Daniel: Support for Anti-Containment Protests: Experimental Evidence from Germany. Pre-Analysis Plan. Februar 2022. Online: <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/E9Q7W> (Stand 24.05.2022).